teten Vorschläge in der Rede des Genossen Walter Ulbricht werden uns helfen, immer mehr Menschen zu überzeugen: Nur dieser Weg führt zur Entspannung, nur diese Politik ist deutsch und menschlich.

Die Interessen der europäischen Sicherheit erfordern weiter, daß die Bundesregierung jeden Anspruch auf fremdes Gebiet aufgibt, daß sie auf Besitz, Mitbesitz oder Verfügungsgewalt an Atomwaffen in jeglicher Form verzichtet und einem Atomwaffensperrvertrag beitritt. Dafür stehen wjr Kommunisten in einer Front mit den 150 000 Demonstranten des Ostermarsches der Atomwaffengegner 1967, mit Beschlüssen aus Gewerkschaften und sozialdemokratischen Organisationen und mit der Meinung unserer führenden Wissenschaftler.

Im Einklang mit der wachsenden Solidaritätsbewegung für das vietnamesische Volk, dessen Heroismus wir bewundern, dringen wir darauf, daß die Bundesregierung die Unterstützung der USA und des Ky-Regimes einstellt und daß die verbrecherische amerikanische Aggression in Vietnam beendet wird. (Beifall.)

Mit dieser Politik des Friedens könnte unser Land aus der von seiner Regierung verschuldeten Rolle des Störenfrieds und aus der Isolierung herauskommen und neben der Deutschen Demokratischen Republik seinen Platz in einem europäischen Sicherheitssystem finden.

Weil das Gesamtkonzept der Bonner Regierung der Expansion der Monopolmacht dient, führt auch ihr innen- und sozialpolitischer Kurs nach rechts, zum Sozialabbau, zum Notstandsstaat. Was die Minister Strauß und Schiller „Stabilisierung“ und „konzertierte Aktion“ nennen, ist der Generalangriff auf den Lebensstandard durch erhöhte Preise, Mieten, Tarife und Steuern bei gleichzeitigen riesigen Lolmverlusten durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, Stopp der Tariflöhne und Abbau der Effektivlöhne und Sozialleistungen. Wem dienen diese Opfer? Sie dienen der Erhöhung der Monopolprofite. Das Wirtschaftsprogramm der KPD weist nach, daß zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in erster Linie die Hebung der Massenkaufkraft nötig ist. Aber diese wird gesenkt, um für das Großkapital 20 und mehr Prozent Dividende zu garantieren und Milliarden und aber Milliarden in die Bonner Rüstungskasse zu stekken. So wurden schon bisher Wirtschaft und öffentliche Finanzen überfordert. Dennoch plant die Regierung für die kommenden Jahre eine Ausgabenflut, die die Haushaltmittel um jährlich 10 bis 12 Milliarden übersteigt. Und wieder soll das Volk alles bezahlen.

Die Monopolherren spekulieren auf die Sorge der Werktätigen um den